

Solidaritätserklärung zu den Schüler- und Studierendenprotesten

Grevenbroich, 18.11.09



Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss bekundet seine Solidarität mit den für die Verbesserung des Bildungssystems demonstrierenden SchülerInnen und Studierenden.

Diese Solidaritätserklärung wird an die Schülervertretungen im Rhein-Kreis Neuss, an die Landesschülervertretung, an die Studierendenvertretungen der Universitäten und Fachhochschulen in Köln und Düsseldorf und an das Landes-ASten-Treffen NRW weitergeleitet.

Begründung:

Derzeit demonstrieren mehrere zehntausend Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten für ein besseres und gerechteres Bildungssystem, auch bei uns im Rhein-Kreis Neuss.

Bildung ist das höchste Gut, der wichtigste Rohstoff, den unsere Gesellschaft zu vergeben hat.

Um Bildung angemessen vermitteln zu können, müssen aber zentrale Grundvoraussetzungen gegeben sein: Schulen und Hochschulen müssen geeignet ausgestattet sein, Lehrende, SchülerInnen und Studierende müssen sich gut aufgehoben fühlen, um den gestiegenen Leistungsanforderungen gerecht werden zu können.

Bildungszugang ist ein Bürgerrecht. Die von der NRW-Landesregierung eingeführten Studiengebühren erhöhen jedoch die Ungerechtigkeit beim Bildungszugang.

Große Teile des Gebührenaufkommens kommen nicht in der Lehre an, sondern versickern in Landesbank und Gebührenverwaltung. Der Rest trägt nicht zur Verbesserung von Lehre und Studienbedingungen bei, sondern kompensiert die zuvor gestrichenen Mittel im Personal- und Sachmittelhaushalt der Hochschulen. Der Staat zieht sich aus der Verantwortung zurück, junge Menschen sollen dafür bezahlen. Wer das nicht kann, bleibt auf der Strecke.

Die Einführung neuer Bachelor- und Masterstudiengänge ist in den meisten Universitäten gescheitert. Die Folge: Unzumutbare Studienbedingungen, absolute Verschulung des Lehrangebots und mangelnde Durchlässigkeit. Einige Studiengänge sind unstudierbar geworden.

Das Hochschulfreiheitsgesetz in NRW entdemokratisiert die Hochschulen: Statt demokratisch gewählter Gremien nehmen jetzt Hochschulräte Einfluss - die Landesregierung traut Managern eher zu, Probleme der Bildungspolitik zu lösen, als Studierenden und Wissenschaftlern.

Bildung ist die Zukunft unseres Landes. Sie muss vom Staat endlich wieder vernünftig finanziert werden. Deshalb unterstützt die SPD Fraktion im Kreistag Rhein-Kreis Neuss die Forderungen der SchülerInnen und Studierenden:

1. Eine Reform der Bachelor- und Masterstudiengänge
2. Eine ernsthafte Demokratisierung des Bildungssystems
3. Die Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen

Von der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen fordern wir darüber hinaus:

1. Die Abschaffung der Studiengebühren in NRW
2. Eine massive Aufstockung des Bildungsetats
3. Eine Aufstockung des Erziehungs- bzw. Lehrpersonals an Kindergärten, Schulen und Hochschulen auf ein angemessenes Niveau.
4. Die Abschaffung des Hochschulfreiheitsgesetzes

Wir bitten die Abgeordneten des Kreistages des Rhein-Kreises Neuss, sich unserer Position anzuschließen.

